

Gaspipeline: Ab 2019 sollen die Bagger rollen

VON PETER CLEMENT

LEVERKUSEN Der Bau der umstrittenen Hochdruck-Erdgasleitung von Hitdorf über die Waldsiedlung nach Bergisch Gladbach-Paffrath nimmt konkrete Formen an. Ein Sprecher der zuständigen Firma Open Grid Europe verkündete gestern auf Anfrage, „nach jetzigem Stand der Dinge werden die Bagger vermutlich 2019 anrollen“. Immer vorausgesetzt, die Stadt Leverkusen bleibe bei ihrer zuletzt signalisierten Haltung, ihre Klage gegen den Bau der nur 30 Meter von der Waldschule entfernt verlaufenden Erdgasleitung zurückzuziehen.

Die Entscheidung dazu fällt in der Ratssitzung am 26. September. Gleichwohl scheint man beim Betreiber der Gasleitung schon davon auszugehen, dass es von offizieller Seite keinen nennenswerten Protest mehr geben wird. „Wir haben der Stadt ja angeboten, die Leitung zu verlegen“, berichtete der Sprecher gestern. Bedingung sei allerdings gewesen, dass der neue Trassenverlauf mehrere hundert Meter entfernt mitten durch den Wald vom Planfeststellungsverfahren her dem alten rechtlich gleichgesetzt werde.

Das aber sahen die Höhere Landschaftsbehörde und die Bezirksregierung Köln nicht gegeben. Sie fanden, zwischen dem alten und neuen Verlauf sei „ein eindeutiger Unterschied, was die Belange von Natur und Landschaft betrifft“.

Fazit: Beide plädieren – „ohne die Naturschutzbelange mit dem Schutzgut Mensch abgewogen zu haben – für die alte Version der Trassenführung“ – also nach wie vor in Steinwurfweite zur Grundschule.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Bauen hatte daraufhin in seiner Sitzung am Montag vergangener Woche mehrheitlich unter anderem dafür gestimmt, „die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 30. Oktober 2013 zurückzunehmen und von jeglicher Kostenerstattung gegenüber der NETG (Nordrheinische Erdgas-Transportleitungsgesellschaft) freigestellt zu werden“.

Kommunalpolitiker aus der Waldsiedlung werteten das schlichtweg als Skandal. Georg Wollenhaupt, Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Waldsiedlung, zeigte sich entsetzt. Ein „Wir sparen uns die Kosten“ könne als Argument angesichts des Gefährdungspotentials einer 90-Zentimeter-Hochdruckgasleitung 30 Meter neben einer Schule nicht akzeptiert werden, sagt er.

CDU-Bürgermeister Bernhard Marewski argumentiert, es sei geradezu „moralisch verwerflich“, jetzt auf den im Rat beschlossenen Klageweg zu verzichten. Bürger sollten deshalb einen persönlichen Brief an die Entscheidungsträger sowie Oberbürgermeister Uwe Richrath schicken und darin fordern, die richtige Entscheidung zum „Schutzgut Mensch“ zu treffen.



Open-Grid-Pipeline: So oder ähnlich könnte es ab 2019 in der Waldsiedlung aussehen.

FOTO: OPEN GRID EUROPE